

Kontinuität in der politischen Kommunikation

Rudolf Stöber

Die *Politische Meinung* (PM) war 1956 als Gegenreaktion zu der *Neuen Gesellschaft* der SPD gegründet worden. Otto Lenz und Erich Peter Neumann meinten, einem theoretischen Diskussionsforum der Parteikonkurrenz entgegenzutreten zu müssen (vergleiche Bruno Heck, PM 182/1979; Wolfgang Bergsdorf, PM 438/2006). Karl Willy Beer, der erste Chefredakteur (bis 1978), plädierte im Auftaktartikel der ersten Ausgabe für Erfahrung und wohl auch gegen die *Neue Gesellschaft*: „Denn nach dem Chaos von 1945 wäre es ohne Frage die Aufgabe einer neuen Generation gewesen, das Steuer für eine neue Politik in die Hand zu nehmen. Diese neue Generation aber war nicht da. [...] Es war eine junge, sehr junge Politik vonnöten; aber es war eine Politik erforderlich, die zugleich in Zusammenhängen nach unten und oben gestalten konnte. [...] ebenso wenig wie Erich Ollenhauer, Reinhold Meier und Herbert Wehner der gleichen Generation als gleiche Opponenten angehören, ebenso wenig gehören Konrad Adenauer und Uwe von Hassel einer extrem anderen an.“ (Karl Willy Beer, PM 1/1956)

Die Tradition der Parteipresse, durch die Nationalsozialisten diskreditiert, hatte sich überlebt. Welche Art von Zeitschrift hätte also gegründet werden sollen? Das ursprüngliche Themenbukett – von der großen weiten Welt der Europa- und Außenpolitik bis zu den Innerlichkeiten in Gesellschaft, Kultur, Film, Theater und sogar Lyrik – erinnert somit auch weniger an ein Parteiblatt als vielmehr an eine klassische Rundschauzeitschrift. „Die *Politische*

Meinung will“, hieß es am Schluss der ersten Ausgabe, „alle brennenden Fragen der Zeit anpacken und sie über die Polemik und schnelle Bewertung des Tages hinaus zu grundsätzlicher Analyse und Stellungnahme heben.“ (PM 1/1956)

Rundschauzeitschriften hatten in Deutschland eine lange Tradition, auf dem heutigen Pressemarkt spielen sie aber zumindest quantitativ keine Rolle mehr. Die Rundschauzeitschriften verbanden Politik, Wissenschafts- und Kulturberichterstattung: Themen, die lange als nicht gemeinsam behandelbar galten. Schon bevor der Name aufkam, gab es sie – zum Beispiel *Die Grenzboten* (1841 bis 1922) können als solche gelten. Die von Julius Rodenberg begründete, namengebende *Deutsche Rundschau* erschien 1874 bis 1964 – mit der nicht unwesentlichen Unterbrechung zwischen 1942 und 1946. Bald wurden weitere gegründet. Die im kollektiven Gedächtnis immer noch durchaus präsenten Rundschauzeitschriften *Weltbühne* (1905/1918 bis 1933/1939) und *Tagebuch* (1920 bis 1933/1940) sind allerdings Kinder der Weimarer Republik.

In der NS-Zeit gingen die Rundschauzeitschriften ins Exil oder wurden nach und nach eingestellt. Angesichts der emotionalen und weltanschaulichen Verwüstungen, die der Nationalsozialismus hinterlassen hatte, war es nicht verwunderlich, dass 1945 der große Gesprächsbedarf zur Gründung entsprechender Diskussionsforen geführt hatte. Zu nennen wären da die linkskatholischen *Frankfurter Hefte* (ab 1946) von Walter Dirks und Eu-

gen Kogon oder der *Ruf* (1946 bis 1949) von Alfred Andersch und Hans Werner Richter oder *Ost und West* (1947 bis 1949) von Alfred Kantorowicz. Es ist kein Zufall, dass die meisten kulturpolitischen Rundschauzeitschriften die Währungsreform nur knapp überlebten. Sobald die Deutschen für Geld wieder Ware kaufen konnten, hatten Presseerzeugnisse einen schweren Stand, zumal zunehmend auch der sekundäre Verwertungsnutzen an Bedeutung verlor.

Zwischen Rundschau und Parteipresse

Die *Politische Meinung* entwickelte sich nicht als Rundschauzeitschrift im klassischen Sinne; eine klassische Parteizeitschrift wurde sie aber trotz ihrer Verbundenheit mit der Union nicht. Vielleicht könnte man sie als geschickte Mischung aus Rundschau und Parteipresse bezeichnen. Denn sowohl in den Äußerlichkeiten (Format, Umfang, Erscheinungshäufigkeit) als auch vom Zuschnitt der Themen hat sie große Ähnlichkeiten mit dem Rundschau-Typ. Der Name hätte auch zu der Gattung gepasst; die Neutralität war das Signum vieler Rundschautitel. Eine Zeitschrift mit diesem Titel hätte ebenso gut aus FDP- oder parteipolitisch neutralem Umfeld heraus gegründet werden können. Der Titel *Die Politische Meinung* drückt eher eine Programmatik zweiter Ordnung aus: Wenn auch aus ihm nicht ersichtlich wird, welcher Meinung man ist, so macht die Namensgebung doch deutlich, dass eine politische Meinung vertreten werden soll. Das ist eine bewusste Distanz zu politischer Farblosigkeit, die in der bundesdeutschen Presse zwar nicht so weit verbreitet ist, wie die allenthalben geäußerten Bekenntnisse zur Überparteilichkeit suggerieren, die gleichwohl nicht nur weite Teile der Zeitungs-, sondern auch der Zeitschriftenpresse prägt.

Politische Meinungen waren der *PM* – nicht nur im Titel – wichtig. Die Spra-

che ihrer Autoren unterstreicht sowohl die Bedeutung der Meinungen an sich als auch ihrer stimmigen Begründung. Neben Politikern, vornehmlich der Union, schrieben Politologen, Soziologen, Historiker, Kommunikationswissenschaftler – wiederholt zum Beispiel Elisabeth Noelle-Neumann. Seit den Anfangsjahren finden sich dabei immer wieder Artikel, die sich zwar letztendlich zu einer politischen Meinung bekennen, diese aber erst aus komplexer Abwägung von Argument und Gegenargument, wie in einem inneren Monolog, entwickeln (vergleiche zum Beispiel Hasso von Manteuffel, *PM* 1/1956; Peter Hartmann, *PM* 433/2005). Daneben stehen innen- wie außen-, wirtschafts- wie gesellschaftspolitische Strategieartikel, die von Imperativen durchsetzt sind: „Deutschland muss ...“, „es empfiehlt sich ...“, „Es wird hohe Zeit ...“ *et cetera* – (siehe zum Beispiel K.[arl] W.[illy] B.[eer], *PM* 3/1956; Elmar Brok, *PM* 433/2005).

Wenngleich sich in Analysen, Schlussfolgerungen und den ausgesprochenen Empfehlungen zunächst einmal die Meinung der Autoren spiegelt, so wird über die Berichterstattung der vergangenen fünf Jahrzehnte doch eine bemerkenswerte Kontinuität der Zeitschrift bei den wertorientierten Themen deutlich. Von Bedeutung waren und sind alle Fragen mit dem eigenen politischen Standpunkt, von dem aus rundgeschaut und Politik gemacht wird: Was ist konservativ? Was ist christlich? Was ist Kern der europäischen und der deutschen Identität? Wie sozial oder liberal darf und muss die Union sein?

Eine der Konstanten der *PM* war und ist die Auseinandersetzung mit dem parteipolitischen Gegner. Diese verdichtete sich notwendigerweise in Wahlkampfzeiten. Als Otto Lenz und Erich Peter Neumann 1956 mit Konrad Adenauers Unterstützung die Zeitschrift gründeten, stand der erste Kanzler der Bundesrepublik in

der Mitte seiner Kanzlerschaft, die Union hatte 1953 einen beindruckenden Wahlsieg errungen und sollte dieses Ergebnis vier Jahre später noch einmal deutlich übertreffen. Danach sah es allerdings 1956 nicht aus. Zumindest bis 1969 durfte die Union sich als geborene Staatspartei der Bundesrepublik betrachten. Da sie sich auch in der Wahlnacht von 1969 noch für den eindeutigen Sieger hielt, war die Ernüchterung über den Machtverlust groß, als Willy Brandt die FDP in den Wochen nach der Wahl von den Vorteilen einer sozialliberalen Koalition überzeugen konnte. Die Nachwahl-Analyse fiel dennoch zunächst so aus, als sei die Wahlniederlage ein vermeidbarer Betriebsunfall gewesen (vergleiche Bruno Heck, *PM* 129/1969). Das sollte sich bei den vorgezogenen „Ostverträge-Wahlen“ drei Jahre später ändern. Erstmals war die SPD stärkste Fraktion geworden, und in der Union setzte Nachdenken darüber ein, wie man wieder an die Regierung kommen und sich gegen die beiden anderen Parteien durchsetzen können (PM 146/1973). Ein historisch interessantes Dokument ist zum Beispiel die strategische Beschreibung der Position der Union durch Helmut Kohl (PM 148/1973).

Im Unterschied zu 1969 war 1998 die Niederlage viel zu deutlich gewesen, als dass die Abwahl nach sechzehn Jahren Kanzlerschaft von Helmut Kohl wieder als „Betriebsunfall“ hätte verstanden werden können (vergleiche PM 347/1998 und 348/1998). Auch 2002 konnte man nicht mehr so argumentieren. Und noch größer war das Erschrecken der politischen Analysten 2005, nachdem die Union zum dritten Mal in Folge ein sehr schlechtes Ergebnis eingefahren hatte und beide Volksparteien zusammen auf einen Stimmenanteil gesunken waren wie seit den Anfängen der Bundesrepublik nicht mehr. Insgesamt erscheinen die Wahlanalysen der

PM nach Wahlniederlagen interessanter als nach Siegen.

Thematischer Fokus

Die *Politische Meinung* ist ein Spiegel der taktischen und strategischen Fragen bundesdeutscher Politik. Von Anfang an hatte die Zeitschrift eine Rubrik Europa. Dabei sind die euphorischen Töne der Zeit der Römischen Verträge längst nüchternerer Einschätzung gewichen. Der weltpolitische Umbruch von 1989/90 bot Deutschland nicht nur die Chance zur Vereinigung, sondern beschleunigte auch die Erweiterung der EU. Der Umbau der EWG über die EG zur EU wurde wohlwollend begleitet, die immer wieder unvermeidliche Stagnation in der Fortentwicklung kritisierte man gleichwohl scharf (vergleiche Manfred von Nordheim, *PM* 161/1975). Erst in jüngerer Vergangenheit sind auch grundsätzlich kritische Töne vernehmbar. Insbesondere gilt das für die Zeit nach 1998, als die *PM* die Integrationspolitik Kohls nicht mehr begleiten konnte, sondern sich mit rot-grüner Außenpolitik auseinander setzte und der Beitritt der Türkei auf die Agenda trat.

Das zweite große außenpolitische Thema ist das deutsch-amerikanische Verhältnis. Amerika war in den fünfziger und sechziger Jahren zuvorderst die Schutzmacht; Kritik an den USA äußerte sich im Kalten Krieg allenfalls in der Analyse der richtigen Taktik. Zwar hatte es auch während der sechziger Jahre Anlass zu Reibereien gegeben, man denke nur an Erhards missglückten USA-Besuch 1965. Doch das waren kleinere Turbulenzen, die an der Zeitschrift spurlos vorübergingen. Auch der Vietnamkrieg gab wenig Anlass zu Amerika-kritischer Berichterstattung – allenfalls hinsichtlich der Gefahr der Vernachlässigung Europas durch die USA (vergleiche Anton Böhm, *PM* 122/1968). Das ist inzwischen anders. Obwohl die Union insgesamt weiterhin deutlich Amerika-freundlicher als die bundesdeutsche

Gesellschaft ist, und obwohl die grobschlüchtige Außenpolitik Gerhard Schröders gegenüber der Bush-Administration in der Union keine Gegenliebe finden konnte – es sei an Angela Merkels Artikel in der *Washington Post* erinnert –, wurde der US-amerikanische „War on Terror“ in der Zeitschrift wiederholt mit durchaus kritischen Untertönen analysiert, ohne dass dabei vorgegeben wurde, der Autor besitze Patentrezepte (vergleiche Christian Müller, *PM* 402/2003; Christian Hacke, *PM* 412/2004).

Das dritte große außenpolitische Thema war bis Anfang der neunziger Jahre das Verhältnis zur Sowjetunion und Russland. Im Jahr der Zeitschriftengründung waren die letzten Kriegsgefangenen aus sowjetischen Lagern zurückgekehrt. Der Aufstand des 17. Juni lag noch nicht lange zurück, Ungarn hatte gerade an die prekäre Lage Europas nach dem Zweiten Weltkrieg erinnert, weitere Krisen sollten in regelmäßigen Abständen folgen. Immer war Deutschland nah am Geschehen, sei es bei Chruschtschows Berlin-Ultimatum 1958, dem Mauerbau 1961, der Kriegsgefahr in der Kuba-Krise 1962. Die UdSSR war zu wichtig, als dass sie hätte ignoriert werden können; sie war der Hauptgegner im Kalten Krieg, gegen den vor allem in den Wahlkämpfen der frühen Bundesrepublik außenpolitisch Stimmung gemacht wurde. Zuvorderst aber war sie die Schutzmacht der DDR, die in der *PM* zunächst als „Sowjetzone“, „Mitteldeutschland“ oder „DDR“ titulierte wurde. Mit dem dritten großen außenpolitischen Thema war also auch immer das innerdeutsche Thema verknüpft. Als die SPD nach dem Mauerbau rasch aus der – mittelfristigen – Zementierung der deutschen Zweistaatlichkeit die Konsequenz des „Wandels durch Annäherung“ vollzog, wurde in der *PM* der Bonner Alleinvertretungsanspruch immer hochgehalten (vergleiche zum Bei-

spiel Hermann Raschhofer, *PM* 77/1962; Jens Hacker, *PM* 102/1965), und erst während der ersten Großen Koalition waren zögerliche Aufweichungen zu erkennen. Der Machtverlust von 1969 und die sich daran anschließende fundamental andere Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel verhärtete die Positionen jedoch wieder. Die Opposition gegen die Ostverträge war in vielen Ausgaben der frühen siebziger Jahre greifbar. Zwar milderte sich die strikte Ablehnung schon in den siebziger Jahren, zum Beispiel wurde die DDR nun ohne Anführungszeichen geschrieben. Doch die Debatten um den Helsinki-Prozess, die Verhängung des Kriegsrechts in Polen, die Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss und mit der bundesrepublikanischen Friedensbewegung führten nicht zu einer weiteren Annäherung der Positionen. Erst als die Union unter Helmut Kohl wieder an der Regierung saß, änderte der Zwang zu pragmatischer Politik auch die ideologische Grundhaltung (vergleiche Kurt Plück, *PM* 214/1984). Die Diskussionen im Wendeherbst von 1989 sind immer noch spannend zu lesen. Allerdings wurden die Autoren der *PM*, wie wohl die meisten Zeitgenossen, von der Geschwindigkeit der Veränderungen überrascht (vergleiche *PM* 246/1989 und 247/1989).

Akzentverschiebungen

Zeitschriften sind Indikatoren ihrer Zeit – das gilt auch für jene, die Meinungsführer sein wollen. Auf der Agenda standen und stehen seit Gründung der *PM* ähnliche Themen, bei denen sich allenfalls der Akzent verschoben hat. Am Anfang stand die Dynamisierung der Rente, nach fünfzig Jahren stellt sich die Frage, ob und unter welchen Bedingungen diese Alterssicherung noch finanzierbar ist. Zwar spielte auch in den siebziger Jahren die soziale Frage in ihren verschiedenen Fa-

cetten eine Rolle, hinter im weitesten Sinn außenpolitischen Themen standen diese Probleme aber immer zurück.

Rundschauzeitschriften spiegeln in ihren Themen also die Entwicklung einer Gesellschaft. Themenvielfalt wie thematische Aufbereitung in der Zeitschrift machen deutlich, dass sie auf vielfältigen Wegen ihre Leser, die im Kreis der Einflussreichen, der Intellektuellen und der potenziellen Meinungsführer zu suchen sind, orientieren will. Orientierung kann im Kontext politischer Kommunikation heißen: Information, bewertende Einordnung, analytische Hintergrundbetrachtung, Orientierung über die Bandbreite der Meinungen, Entwicklung und Ausbreitung strategischer Handlungsoptionen.

In den sechziger Jahre spielte die Auseinandersetzung mit der APO eine gewisse Rolle, daran schloss sich die Bedrohung der Bundesrepublik durch den RAF-Terrorismus an. Da das Wesen des Terrors die Verbreitung von Schrecken ist, malte die *PM* die Gefährdung in der zweiten Hälfte der siebziger in Farben, die aus der immer besser wissenden Perspektive der Nachwelt als Übertreibungen wirken müssen. Zwar beruhigte sich die Terroristenfurcht spätestens Anfang/Mitte der neunziger Jahre, doch als Anfang des einundzwanzigsten Jahrhunderts jedem klar wurde, dass an die Stelle des nationalstaatlichen Terrors früherer Jahre der internationale, islamistische Terror getreten war, setzten erneut engagierte Diskussionen ein. Da viele Themen, so fern sie einander auch stehen mögen, über den demografischen Wandel und über die wirtschaftliche und soziale Frage miteinander verbunden sind, kann man von der Außen- und Sicherheitspolitik den Bogen zu Energiepolitik, Umweltschutz, Kommunikationspolitik und weiteren Themen schlagen.

Politik, die gestalten will, erkennt jenen Themen, die Relevanz für die zu-

künftige Entwicklung besitzen, besondere Bedeutung zu. Die Einheit der Epoche der letzten fünfzig Jahre zeigt sich darin, dass selbst die Zukunftsthemen weitgehend die gleichen geblieben sind. Energiepolitik setzte zum Beispiel in den sechziger Jahren als Auseinandersetzung um Bergbau und Steinkohle ein. Und in den siebziger Jahren dämpfte der erste Ölpreisschock die wirtschaftlichen Aussichten. Als Ausweg bot sich die Atomenergie an, um die in den siebziger und achtziger Jahren in der Bundesrepublik so erbittert gestritten wurde. In der *PM* spielte das viele Jahre keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle; nur unter sicherheitspolitischen Aspekten wurde die Versorgung mit Erdöl schon früh thematisiert (vergleiche Klaus-Peter Schulz, *PM* 153/ 1974). Überhaupt muss festgestellt werden, dass die *PM* sich in den siebziger Jahren stark auf außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Themen verengt hatte und erst mit dem Redaktionswechsel zu Ludolf Herrmann (ab *PM* 182/ 1979) das eigene Themenspektrum wieder erweiterte.

Das gilt auch für Umweltschutzpolitik, der in der *PM* erstmalig Mitte der achtziger Jahre in Auseinandersetzung mit den „Grünen“ eine Rolle spielte (vergleiche Max A. Höfer, *PM* 216/1984). Nach der Katastrophe von Tschernobyl mehrten sich die Artikel über Kernkraft und Umweltschutz (vergleiche *PM* 226/ 1986 und 229/1986). In der Gegenwart sind Plädoyers für eine nachhaltige Energiepolitik selbstverständlich (*PM* 419/ 2004). Heute finden bisweilen sogar Politiker der Grünen – wie Oswald Metzger oder Cem Özdemir (vergleiche *PM* 408/2003) – ein Forum. Doch die sporadische Öffnung für den politischen Gegner bedeutet noch nicht, die eigene Meinung hintanzustellen. Vielmehr ist sie ein Zeichen demokratischer Diskussionskultur.